



SCHWULE UND LESBEN

Warmer Wahlkampf

Claude Kohnen

Was können Schwule und Lesben nach dem 7. Juni von der Politik erwarten? Hier lohnt ein Blick in die Wahlprogramme der verschiedenen Parteien.

Luxemburgs Lesben und Schwule haben einen Traum. Darin verbünden sich die drei Parteien links von der CSV, um, ähnlich wie bei der Euthanasie, Luxemburg endlich auch in Sachen Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben ins 21. Jahrhundert hinüberzuführen. Denn ähnlich wie bei der Sterbehilfe ist die Position der Christsozialen bei allem, was das Thema Homosexualität betrifft, ideologisch dermaßen unbeweglich, dass Fortschritte mit ihnen kaum denkbar sind. Insbesondere das Recht auf Eheschließung wird von der Lesben- und Schwulenvereinigung „Rosa Lëtzebuerg“ sehnlichst herbeigewünscht. Denn auch wenn das Gesetz über den „Pacs“ 2004 im Vergleich zur vorherigen Situation einen Fortschritt darstellt, regelt es doch einige Dinge ungenügend oder gar nicht. Im Gegensatz zu Deutschland oder der Schweiz ermöglicht der „Pacs“ hierzulande keinen eigenen Familienstand. Die beiden gleichgeschlechtlichen Partner werden juristisch nach wie vor als „Junggesellen“ betrachtet, was erhebliche Probleme mit sich bringt. Um beispielsweise den Partner als Erben

einzusetzen, muss das Paar eigenen Notar bemühen und ein Testament hinterlegen. Dies ist nicht nur aufwändig, sondern auch mit Kosten verbunden, die bei Verheirateten nicht anfallen. Auch was die Aufenthaltsgenehmigung für Partner aus Nicht-EU-Ländern angeht, muss man dem „Pacs“ eine „Datz“ ausstellen. Denn nur in Luxemburg Wohnhafte können sich „pacsen“ lassen; für Heteros mit einem Nicht-EU-Partner genügt es dagegen, im Ausland zu heiraten, um als Paar dauerhaft in Luxemburg bleiben zu können.

Ebenso schließt der Pacs Adoptionen aus, obwohl die Regierung bereits im Koalitionsabkommen von 2004 eine Reform des Adoptionsgesetzes angekündigt hatte („Le Gouvernement envisage d'engager une réflexion sur cette question de société“). Die Kinder, die aus einer früheren heterosexuellen Beziehung stammen und nun von zwei Müttern oder zwei Vätern erzogen werden, leben rechtlich gesehen in einer Grauzone: Stößt dem leiblichen Elternteil etwas zu, so wird der Partner nicht als Erziehungsberechtigter anerkannt.

Deshalb hat die Initiative „Och fir eis“ zusammen mit „Rosa Lëtzebuerg“ im Vorfeld der Wahlen nochmals Druck gemacht und auf einer Pressekonzferenz Mitte März die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche

Paare verlangt. Mehr als 1.000 Personen haben bislang auf der Website www.och-fir-eis.org ihre Unterstützung bekundet. Ausgerechnet die CSV-Abgeordnete Christine Doerner erläuterte dort den juristischen Aspekt dieser Frage, allerdings, wie sie betonte, nicht als Mandatarin der CSV, sondern in ihrer Funktion als Notarin. Doch dass Doerner keine Berührungsängste zeigte und offensichtlich auch nicht der Meinung ist, dass es ihr so kurz vor den Wahlen schaden könnte, zusammen mit drei Schwulen auf einem Podium gesehen zu werden, zeugt von einem Gesinnungswandel bei zumindest einem Teil der CSV.

Blick in die Wahlprogramme

Um eine Vorstellung davon zu bekommen, was Schwule und Lesben nach dem 7. Juni von der Politik zu erwarten haben, empfiehlt sich ein Blick in die verschiedenen Wahlprogramme. Zwar darf man diese nicht für bare Münze nehmen, da insbesondere LSAP und DP Übung darin haben, sich vor den Wahlen besonders progressiv zu geben, um sich nach dem Urnengang auf die Koalitionspartnerin CSV herauszureden, die - sehr zu ihrem Bedauern - diese oder jene gesellschaftspolitische Reform nicht mittragen wolle. Trotzdem können die Programme Hinweise

darauf geben, welchen Stellenwert beispielsweise die Öffnung der Ehe bei den Luxemburger Parteien hat. Hier ist zunächst einmal ermutigend, dass es sich - außer ADR und KPL - keine der Parteien mit kompletten Wahllisten erlauben kann, das Thema totzuschweigen.

Bei der CSV hat man den Eindruck, dass sowohl der liberale als auch der konservative Flügel an der Abfassung des Programms beteiligt waren, man aber vergessen hat, das Ganze noch einmal zu korrigieren und in eine kohärente Form zu gießen. Denn auf Seite 50 des CSV-Wahlprogramms kann man lesen „Wir wollen [die] Pacs-Gesetzgebung an die Ehe herantreiben und wollen der Tatsache Rechnung tragen, dass immer mehr Ehen getrennt werden“. Das klingt fast so, als sollten heiratswillige Homos die Institution Ehe retten. Wenig später heißt es dann allerdings: „Wir haben (...) eine Verbesserung des aktuellen Partnerschaftsgesetzes ausgearbeitet, um bestehende Nachteile gegenüber Verheirateten abzubauen. Wir sehen keinen weiteren Handlungsbedarf, werden allerdings die Entwicklung des internationalen Rechts im Bereich der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften verfolgen und beachten“. Bei diesem löblichen Tun fällt der CSV dann vielleicht auf, dass neuerdings, nämlich seit dem 1. Mai, auch Schwe-

FOTO: PERIODICO DE LA DEMOCRACIA/FELICKR



den die Eheschließung für homosexuelle Paare erlaubt. Wie es aber möglich sein soll, den „Pacs“ an die Ehe „heranzuführen“ und gleichzeitig „keinen Handlungsbedarf“ in dieser Frage zu sehen, bleibt das Geheimnis der CSV. Weiterhin unbefriedigend ist die Haltung der CSV auch in der Frage der Adoption: „Im Bereich der Adoption bedeutet das für uns, dass die These, nach der homosexuelle Paare diskriminiert seien, wenn sie nicht das absolute Recht auf Adoption hätten, nicht haltbar ist“.

Deutlicher positioniert sich die LSAP. „... die Sozialisten [werden] homosexuellen Paaren die gleichen Chancen eröffnen, Ehen abzuschließen und eine Familie zu gründen.“ Die LSAP will die Adoption aber von Familienstand abkoppeln und so auch unverheirateten Paaren sowie Alleinerziehenden eine Adoption ermöglichen.

Robert Goebbels mag keine Schwulen

Bei der LSAP könnte man aber den Bibelspruch „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen“ bemühen. Denn der EU-Abgeordnete Robert Goebbels weigerte sich vor kurzem, eine Petition zu unterschreiben, die eine europaweite Anerkennung aller in einem Mitgliedsstaat der EU geschlossenen

gleichgeschlechtlichen Eingetragenen Partnerschaften und Ehen zum Ziel hatte. Auf die schriftliche Aufforderung von „Rosa Lëtzebuerg“, seine Haltung zu begründen, erklärte er, dass solche Initiativen „...ne servent strictement à rien (...) J'ai tendance à me consacrer prioritairement au travail législatif du Parlement européen“. Sein Einsatz als Lobbyist für die Chemie- und Genfood-Industrie scheint dem ehemaligen Minister keine Zeit für anderes zu lassen.

Auch die DP ist für eine Reform der Adoptionsregelung: „Die DP will, dass alle Bürger unabhängig von der von ihnen gewählten Lebensform ein Recht auf Adoption erhalten“. Außerdem will die DP das Steuersystem individualisieren und somit die steuerrechtlichen Vorteile der Ehe beseitigen. Vielleicht glauben die Liberalen, dass ein Öffnen der Ehe für Schwule und Lesben nicht mehr notwendig sei, wenn der primäre Vorteil, den sie bietet, generell wegfällt. Denn zu diesem Thema findet sich nichts im Wahlprogramm „Nei Weeër wielen“.

Traditionell den schwul-lesbischen Anliegen gegenüber sehr freundlich gesinnt, fordern „Déi Gréng“ auch 2009 klipp und klar: „Die Diskriminierung homosexueller Paare muss schnellstens aufgehoben werden“. Für die Grünen bedeutet das die Öffnung der Ehe ebenso wie die Möglichkeit

für gleichgeschlechtliche Paare, Kinder zu adoptieren.

Auch „Déi Lénk“ geben sich sehr homofreundlich und sind zudem die einzige Partei, die in ihrem Wahlprogramm auch die Transsexuellen erwähnt („Gleiche Rechte für Lesben, Schwule und Transsexuelle“). „Déi Lénk“ treten für das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare ein und fordern die Öffnung der Ehe, auch wenn sie einen gewissen Vorbehalt an dem Sinn dieser Forderung durchblicken lassen: „Auch wenn wir uns Alternativen zur Institution Ehe herbeiwünschen, sollte gleichgeschlechtlichen Paaren das Recht zu heiraten zuerkannt werden“.

Diese kritische Sicht findet sich heutzutage in der schwul-lesbischen Bewegung nicht mehr. Dabei kann man sich durchaus die Frage stellen, ob die Öffnung der Ehe ein Allheilmittel gegen das Dasein als Menschen zweiter Klasse darstellt. Jahrhunderte entfernt scheinen in Luxemburg die Zeiten, als Lesben und Schwule bewusst Gegenentwürfe zur kleinbürgerlichen, patriarchalischen Welt der lebenslangen Zweierbeziehung wagten. Die Fixierung auf das Thema Ehe wird all jenen nicht gerecht, die diesem Modell nicht entsprechen, sei es wegen Mangels an Partnern, sei es, wegen des häufigen Wechsels der Partner. Auch zeigen die Zahlen

ganz klar, dass sowohl der „Pacs“ als auch die Ehe für Lesben und Schwule immer ein Minderheitenprogramm bleiben werden. Denn von den 1.521 Paaren, die sich seit 2004 in Luxemburg haben „pacsen“ lassen, sind weniger als zehn Prozent reine Männer- oder Frauenpaare. Auch die Zahlen aus dem Ausland zeigen, dass die Möglichkeit der Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare von nur höchstens drei Prozent der in Frage kommenden Schwulen und Lesben in Anspruch genommen wird.

Bei allem Verständnis für die Forderung nach der Öffnung der Ehe – die Bewegung sollte doch nicht vergessen, dass die Frage der schwul-lesbischen Emanzipation viel weiter reicht als bis zum Traualtar.